

# SPD macht ersten Schritt

**PARTEITAG** Martin Schulz sendet erste Signale für eine Große Koalition aus. Warum es die ostdeutschen Delegierten so schwer haben, Gehör zu finden

VON TOBIAS PETER  
UND HAGEN EICHLER

**BERLIN/MZ** - Martin Schulz' Stimme bebt. Es könne einem manchmal schon „auf den Keks gehen“, dass andere das Land in eine Sackgasse gebracht hätten und jetzt die SPD die Verantwortung übernehmen müsse. „Aber wie wir sie übernehmen, das entscheidet die SPD selbst“, ruft der SPD-Vorsitzende bei seiner Abschlussrede auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin druckvoll ins Mikrofon. „Dazu lassen wir uns keine Lektionen von anderen erteilen.“ Großer Jubel der Delegierten.

## Wie ein Glaubensbekenntnis

Schulz sagt, am Ende komme es auf den Inhalt an, nicht auf die Form, in der Verantwortung übernommen werde. „Die entscheidende Frage ist, wie wir das Leben der Menschen verbessern können.“ Diesen Satz trägt der SPD-Vorsitzende in seiner Rede fast schon wie ein Glaubensbekenntnis vor. Doch der Applaus fällt hier schon wieder eher spärlich aus. Denn diese Worte klingen eben doch nach einer erneuten Großen Koalition. Und der Gedanke daran ist vielen Mitgliedern ein Graus.

So hat der SPD-Parteitag Schulz zwar nach einer kontroversen Diskussion bewilligt, in „ergebnisoffene Gespräche“ mit der Union zu gehen. Und in der Union mag es zwar immer mal wieder Stimmen geben - wie jetzt Jens Spahn - die eine Minderheitsregierung für möglich erklären. Da Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dies allerdings nicht will, ist mit der Verhandlungsbereitschaft der SPD faktisch schon ein erster Schritt in



Wohin steuert die SPD? Auch Martin Schulz weiß es noch nicht.

FOTO: DPA

„Wir lassen uns keine Lektionen von anderen erteilen.“

**Martin Schulz**  
SPD-Parteivorsitzender

Für Diskussionen auf dem Parteitag sorgte unterdessen das katastrophale Abschneiden der ostdeutschen Kandidaten bei der Wahl des Parteivorstands. Im ersten Wahlgang schaffte es lediglich Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke in das Gremium. Von „langen Gesichtern“ berichtet Sachsen-Anhalts Kandidatin Katja Pähle, die Vorsitzende der Magdeburger Landtagsfraktion - betroffen habe sich allerdings der gesamte Parteitag gezeigt. Sie und andere schafften es erst im zweiten Wahlgang, nachdem die Tagung für eine Pause unterbrochen wurde. In dieser Pause habe man zwischen den Landesverbänden schnell Klarheit geschaffen, „dass die ganze Partei im Vorstand vertreten sein muss“.

Die ostdeutschen Landesverbände haben äußerst wenig Mitglieder und sind daher auf Parteitagen schwach vertreten. Von den 600 Stimmberechtigten kamen sieben aus Sachsen-Anhalt. „Im ersten Wahlgang haben die großen Landesverbände, etwa Nordrhein-Westfalen, erst einmal ihre Kandidaten gewählt“, sagt Arne Lietz, Parteitags-Delegierter aus Wittenberg. Dass dadurch Ostdeutschland fast komplett unterging, habe für einen Aha-Effekt gesorgt. „Das Endergebnis ist aber gut, jetzt sind alle Landesverbände vertreten“, so Lietz. Auch Pähle betonte, es bleibe kein Groll zurück.

## Dulig als Ostbeauftragter?

In einem Leitantrag hatte der Parteivorstand betont, der Aufbau der SPD in Ostdeutschland sei besonders wichtig. Künftig soll es auch einen Ost-Beauftragten geben. Im Gespräch dafür ist Sachsens SPD-Chef Martin Dulig. **» Kommentar Seite 8**

Richtung einer neuen Großen Koalition getan. Doch der Weg ist noch weit, zumal nach Sondierungen ein SPD-Parteitag und am Ende aller Gespräche die Parteimitglieder abstimmen sollen.

Matthias Miersch, Chef der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte der MZ, er hoffe weiter auf ein Modell jenseits von Großer Koalition und Neuwahlen. Miersch, der auch Fraktionsvize und Mitglied im Parteivorstand ist, mahnt: „Am Ende der Gespräche mit der Union darf es inhaltlich kein Wischiwaschi geben. Dann lohnt es sich nicht, in irgendeiner Form vier Jahre zusammenzuarbeiten.“

Um welche Inhalte geht es also konkret? Die SPD habe Vorschläge gemacht, sagte Miersch: von den Fragen eines solidarischen Europas über die Beseitigung der Missstände in der Pflege bis hin zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. „Dazu muss die Kanzlerin sich jetzt verhalten.“